

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint 14tägig. — Bezugspreis monatlich 0.20 Mk. (sogenannte Goldmark). — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinzeile 0.40 Mk. (sogenannte Goldmark). Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einlegung auf Postkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11/2

Sonntag, den 22. März 1924

28. Jahrgang

Den Verbandsmitgliedern zur Kenntnisnahme

Der Vorstand unseres Zentralverbandes hat am 8. März 1924 der Redaktion des „Grundstein“ — Wochenblatt des Deutschen Bausewerkes — nachstehende Richtlinie mit dem Ersuchen zur Aufnahme in die nächste Ausgabe übermittelt. Unsere eigenen Verbandsmitglieder werden gebeten, von dieser Richtlinie Kenntnis zu nehmen und wo es nötig erscheint, sie auch entsprechend auszuwerten:

Die Nr. 8 des „Grundstein“, Jahrgang 1924, enthält unter der Ueberschrift: Zum Kapitel Notstandsarbeiten die Mitteilung, daß der schlechte Zustand vieler Landstraßen und eine Eingabe des deutschen Steinarbeiterverbandes, der die am 16. 1. d. J. erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers, in der die Straßensanierungsarbeiten als „kleine Notstandsarbeiten“ bezeichnet werden, zuwege gebracht habe.

Die Fortlassung der näheren Verbandsbezeichnung läßt die Meinung bei den Herrn des Grundsteins aufkommen, als handle es sich um eine Eingabe des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, der jedoch mit dieser Eingabe absolut nichts zu tun hat. Die Eingabe wurde vom Christlichen Berufsverband deutscher Steinarbeiter gemacht.

Die Reichsgruppe der Steinleger, Pfisterer und Berufsgegossen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands hat dagegen am 8. 2. d. J. in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium in ausführlicher und eindringlicher Weise gegen die Erklärung der Straßensanierungsarbeiten zu kleinen Notstandsarbeiten Stellung genommen. Ferner hat der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands in allen ihm bekanntgewordenen Fällen dringliche Schritte unternommen, um die schädlichen Folgen der Verordnung vom 16. 1. von der Arbeiterschaft abzuwenden, was ihm auch bisher gelungen ist.

Zeitliche Betrachtungen.

Die Zustände in den hinter uns liegenden Jahren, besonders in der Zeit der außerordentlichen Geldentwertung, haben mit der Existenzmöglichkeit der Lohnarbeiter tatsächlich Schindluder getrieben, die Auswirkungen dieser Periode treiben es heute noch. Ja, die angerichtete Vermühtung im engeren Heimleben der Arbeiter kann man geradezu jenseitlich nennen, weil die Sorge und die Not aus dem Arbeiterheim nicht weichen will. Diese materielle Vermühtung im Arbeiterhaus macht sich nun, wie vorauszu-sehen, ganz natürlich und folgerichtig auch geltend in der geistigen Einstellung der Arbeiterschaft, sie äußert sich hauptsächlich im Organisations- und Versammlungsleben der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften, besonders in den mittleren und Großstädten, können es deshalb grotzentheils nicht hindern, daß ihre Versammlungen und sonstigen Zusammenkünfte zum Tummelplatz für alle möglichen konjunkturalen und wirtschaftlichen Auffassungen und Meinungen werden. Mit Vorliebe jegeln zur Zeit alle die dort zum Ausdruck kommenden verdrängten Meinungen und maßlosen Kritiken unter kommunistischer Flagge und mancher ideal eingestellte, aber kommunistisch gesinnte Kollege, der nicht erst seit gestern der Arbeiterbewegung angehört, also durchaus über praktische Erfahrungen verfügt, hat bei Unterhaltungen im engeren Kreise schon oft seine abweichenden Meinungen über das Durch-einander des Meinungsstreites und vor allen Dingen über dessen geistigen Tiefstand recht scharf zum Ausdruck gebracht. Das sind aber nur verschwindende Einzelscheinungen, sie ändern daher an dem gegenwärtigen Krankheitszustand in der deutschen Arbeiterbewegung durchaus nichts; denn von der Mehrzahl der politisch kommunistisch organisierten Gewerkschaftskollegen wird leider die allgemeine geistige Vermühtung — die in der Erbitterung über die materielle Not ihre Wurzeln hat — und die Einstellung der Kon-sultationsräte mit Absicht benutzt, um den Widerwillen gegen die Gewerkschaften, insbesondere gegen deren Führung, zu schüren und zu vergrößern. Dieses absichtliche, schadenfrohe bulden und vor allen Dingen fördern von jeder dummen, falschen und maßlosen Kritik wird sich zweifellos in und an der kommunistischen Bewegung noch einmal bitter rächen.

Die Arbeiterorganisationen und nicht zuletzt die Gewerkschaften haben schon immer einen gewissen Teil Mitglieder aufweisen können, die nie recht warm in der Organisation wurden, deren größter Kummer das regelmäßige Beitragzahlen war und ferner, daß die Unterstützungen bei Streiks, Aussperrungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. immer von der vorhergehenden Beitragsleistung, in ihrer Menge und in ihrer geldlichen Höhe abhängig gemacht wurden. Eine weitere Abneigung haben diese Art Mitglieder gegen jede Funktionsübernahme; sie stellen aber ihrerseits die größten Ansprüche an die Leistung der Funktionäre z. B. bei Verhandlungen, wie überhaupt bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Eine ideale Tätigkeit und Wertung für die Ideen und Ziele der Organisation können sich wohl nur wenige dieser gewerkschaftlich Unfähigen denken. Sie sehen in jedem und in jeder Handlung nur ihr eigenes egoistisches Spiegelbild. Wer von uns ferneren Kollegen kennt nicht diese Anosmitalieber? Es sind kurz gesagt jene, die von Zeit zu Zeit aufgemuntert und zu-rechtgesteuert werden müssen und die selten über den Besitz einer Interimsstärke hinauskommen, ja, die bei näherer Unternehmung eine kleine Sammlung von eigenen Mitgliedsausweisen aufzeigen können. Diese Art Mittelmänner sind augenblicklich in ihrem Element, sie sind mit den Kommunisten, Syndikalistern und Unionisten „Hahn im Korbe“ bei der maßlosen Kritik gegen die Gewerkschaften, ihren Aufbau und ihrer Führung. Denn so wie jetzt die Debatte in den Versammlungen oder auch auf der Arbeitsstelle auf-gewogen werden war schon immer die Meinung der gewerkschaftlich Unfähigen, besonders über die von „Arbeitergroßen“ lebenden Führer. Sie — die gewerkschaftlich Unfähigen — trauten sich bisher nur nicht recht heraus mit ihrer Auffassung, weil früher die Berufung in den Gewerkschaften und ihren Versammlungen noch mehr Boden fand wie jetzt. Nun ist es damit anders geworden. Jetzt finden sie mehr Anklänge!

In der politischen Bewegung war es mit den unfähigen Mit-gliedern nicht so auffallend wie in den Gewerkschaften, weil doch etwas andre Voraussetzungen bei der Erwerbung der Mitgliedschaft in der politischen Organisation in Frage kommen: auch fehlt im Allgemeinen die Kontrolle, ob man wirklich dabei ist, wie sie auf

dem Arbeitsplatz im Hinblick auf die Zugehörigkeit zur gewerk-schaftlichen Organisation ausgeübt wird. Wo aber doch einmal die Prüfung auf dem Arbeitsplatz vorgenommen wurde und noch wird, beruft man sich merkwürdigerweise, hauptsächlich bei den ge-werkschaftlich Unfähigen, fast immer auf die gewerkschaftliche Neu-tralität. Diese werden auch selten Mitglieder einer politischen Or-ganisation, sondern sie stellen je nach der Situation nur Mitläufer dar bei Wahlen, öffentlichen Versammlungen und bei Demonstra-tionen. Sie bleiben aber nun durchaus nicht Mitläufer bei ein- und derselben Partei, vielmehr wird wie der politische Wind pfeift und wie die Verprechungen lauten gewechselt: bald beim Fort-schritt, bald bei der Reaktion! Jetzt läuft ein großer Teil mit den Deutschvölkischen, ein nicht minderer Teil mit den Kommunisten. Die Mitläufer waren früher am zahlreichsten bei der sozialdemo-kratrischen Partei, sie werden nunmehr bei den kommenden Wahlen zum Reichsparlament bei den Volkshäusnationalen und bei den Kommunisten landen. Selbstredend sind auch die bürgerlichen Parteien auf Mitläufer angewiesen, dort rekrutieren sie sich aus den sogenannten Spießern und politischen Kanarienvögeln.

Alle diese politischen Mitläufer leisten ebensowenig in den politischen Organisationen, wie als gewerkschaftlich Unfähige in den Gewerkschaften praktische Organisationsarbeit. Wenn es hoch kommt bei Wahlen, aber dann nur gegen Bezahlung! Und soweit der verlorene Krieg in Frage steht, waren sie zu Beginn des Wor-dens die Begeistertesten; sie vermuhten in jedem Schwarzkopf und in jedem gebräunten Gesicht einen Ausländer und hielten mit ihrer Meinung in Worten und mit der Faust gegenüber den „Aus-ländern“ nicht juristisch. Diese politischen Mitläufer und gewerk-schaftlich Unfähigen waren neben andern auch, als die Begeisterung verfliegen war, die ersten, die nun so taten, als hätten sie den Kriegsausgang vorausgesehen, und die entschlichen Erfahrungen der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre stellen sie einfach um in ihre ureigene, bereits im Jahre 1914 vorhandene Kriegsabwegung. In diese unrichtige Beweisführung verfallen auch auf andern Ge-bieten viele kritisch veranlagte Kollegen, indem sie jahrelang zu-rückliegende Vorgänge nunmehr nach den gewonnenen Erfahrungen und veränderten Verhältnissen beurteilen, und sie schließen dann dafür andern die Schuld zu, weil diese andern damals nicht so ge-handelt haben, wie es jetzt die Verhältnisse geboten erscheinen la-ßen. Wer das bemerkt macht in dem üblichen Meinungsstreit, han-delt sicherlich recht demagogisch. Die Gewerkschaftsführung und die politischen Mandatsinhaber haben unter diesen demagogischen Kriften wohl am meisten zu leiden. Ueberhaupt sind, wenn man die übliche Kritik anzieht, die Gewerkschaftsführer Feiglinge ohne jedes Rückgrat. Sie haben keinen Blick für zu vollziehende Not-wendigkeiten, sie sind kurz gesagt in den Augen der maßlosen Krit-iker einfach die größten Trottel. Und soweit das Parlament in Frage steht, kann die Stigmatisierung der Mandatsinhaber auf die kurze draffische Formel gebracht werden: Drei sind die Dummk-öpfe, die Geheuten stehen draußen!

Das im Vorstehenden nur in kurzen Strichen gezeichnete un-ruhige aber unorganisierte Element in der politischen Wellen-bewegung bestimmt leider die allgemeine politische Konstellation, soweit sie durch Wahlen beeinflusst wird. Dieses Element bestimmt sogar die Stärke der Fraktionen in den Parlamenten (Gemeinden, Länder, Reich). Und bringt im weiteren die wirklichen Träger der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gegeneinander auf, weil deren Führung es nicht verstanden hat, die Mitläufer (das unruhige Element) bei der Fahne zu halten und deren Ver-trauen dauernd zu erwerben.

Leider werden nicht selten unsere eigenen Anhänger angefeindet von dem Verhalten der gewerkschaftlich Unfähigen und der Kritik der politischen Mitläufer, sie verlieren den klaren Blick in der Be-urteilung der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge und Not-wendigkeiten. Sehr oft, leider zu oft, wird Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. Wer von den Lesern sich der Mühe unter-zieht, kann das sogar in der heutigen Nummer an anderer Stelle unter „Düsseldorf“ deutlich nachprüfen. Hier sei deshalb zum Düsseldorf Bericht nur kurz eingeschaltet: Die achtschündige Ar-beitszeit war bis zum 17. November 1923 in Deutschland nur durch die Demobilisierungsverordnung gesetzlich geregelt. Eine Ver-längerung der Verordnung erfolgte nicht, weil die Sozialdemokraten aus der Regierung ausschieden und das bürgerliche Kabinett nun die gewollte freie Hand hatte. Die Arbeitszeit war demnach vom 17. 11. 23 an vogelfrei und es kam lediglich auf die wirtschaftliche Stärke der Kontrahenten des Arbeitsvertrags an, wie sie sich künst-lich gestaltete. Situation: Außerordentliche Arbeitslosigkeit, sehr schlechte Konjunktur, durch die Inflation und den gegenseitigen Kampf geschwächte Gewerkschaften auf der einen Seite, auf der andern die kapitalträchtigen Wirtschaftsmächte. Dann erließ die bürgerliche Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Arbeitszeitverordnung am 21. 12. 1923, um überhaupt eine Unter-lage für die Arbeitszeit bei Verhandlungen zu schaffen. Das wenig Annehmbare in dieser Verordnung konnten die Organisationen nicht zur Geltung bringen, nicht genügend für sich auswerten aus den oben angeführten Gründen. Deswegen hat sich keinesfalls unser Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag erledigt. Und das Ermächtigungsgesetz? Bitte, wie war die Situation Anfang November 1923? Es war die schlimmste und verwerflichste Geld-entwertungszeit! Ist das bereits vergessen? Zählt die Stabili-sierung durch die Rentenmark und die damals einkehrende Preis-entwertung nichts? Hat nicht jeder von uns besonders unsere Frauen, aufzuermet, als diese Gelumdung sich zeigte? Sollte diese so drin-gend gewünscht und notwendige Stabilisierung wieder zerschlagen werden durch Herausbeschwören einer politischen Krise? Konnte das vom gewerkschaftlichen Standpunkt verantwortet werden? Nein und abermals nein! Der finanzielle Zusammenbruch des Staates war sicher bevorstehend, dem halfen prinzipielle Bedenken nicht über die Miere hinweg. Ein solcher Zusammenbruch trifft zuerst immer die wirtschaftlich Schwachen (Arbeiter, Angestellte, untere Beamte, Rentenempfänger usw.). Manche Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist gewiß hart und brutal. Doch das oben Angeführte wäre für die Lohnarbeiterschaft noch viel härter, noch viel brutaler gewesen. Und hätten alle die Verord-nungen, statt durch das Ermächtigungsgesetz erlassen, den ordent-lichen parlamentarischen Weg durchlaufen, dann wären unter Be-rücksichtigung des Mehrheitsverhältnisses — die Steuerord-nungen sicher schlechter und die andern nicht besser ge-worden! Das Prinzip allerdings wäre allenfalls ertrotzt, auch mehr Neben gehalten worden. Die meisten nur zum Fenster hin-

aus für die Wähler und für die Mitläufer, aber der Staat, der doch zweifellos unser aller Grundlage ist, dem wäre nicht gehalten worden. Das mag manchem Kritiker unerhörte dünken, beim Staatsinteresse und allgemeines Volksinteresse ist ihm oft gleich-bedeutend mit nationalistic. Ergo: großer, grober Restoß gegen den Klassenkampfgedanken und darum: „Fort mit dem Kerl!“ Der eine sagt's, andre sprechen es nach. Das ist nun mal so der Lauf des Lebens, ohne daß irgendwie die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten sich davon beeinflussen lassen.

Am 13. März wurde der Reichstag aufgelöst, weil die Regie-rung an den erlassenen Verordnungen nicht rütteln lassen wollte. In den kommenden Wochen wird bis zur Neuwahl im Mai der Meinungsstreit heiß entbrennen. Die Gewerkschaften sind zweifel-los an diesem Kampf, mehr noch an der künftigen Zusammen-setzung des Reichsparlaments interessiert. Dem aufrechtigen Ge-werkschafter ist keine politische Linie vorgezeichnet, nicht große Worte, nicht laute Verprechungen, nicht demagogische Kriffe wer-den ihn beeinflussen können, sondern bei der Ausübung seiner Staatsbürgerpflicht wird ihn leiten: sein Klassen-, Volks- und republikanisches Staatsinteresse. Es gilt nun, die Säumigen und Unfähigen und die Mitläufer zusammenzufassen, damit sie nicht den Extremen in der Politik ins Garn laufen. Ein großer Mund ist noch lange nicht Beweis von wirklicher positiver Leistung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Das wissen die überzeugten erfahrenen Gewerkschafter und handeln danach.

Der neue Herr im Hause.

Wer damit gemeint ist? Der juristische Berater im Unter-nehmerlager, der allgewaltige Herr Geschäftsführer des Unter-nehmerverbandes oder, wie er sich lieber bezeichnet — der Syndikus. Herrlichen Zeiten führt er die Unternehmer ent-gegen, namentlich auf dem Gebiete der Tarifpolitik, das in früheren juristenreinen Zeiten ausschließliches Aufgabengebiet der aus dem Berufe hervorgegangenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter war. Damals gab es auch noch keine „Schematisierung“, die man fälschlich den Gewerkschaftsvertretern andichtet.

Der Syndikus ist allwissend, heute vertritt er zum Beispiel den Kalk- und Zementbund, morgen den Naturstein-verband, heute die Pflasterstein- und Schotter-gruppe und morgen die Werkstein-, Marmor- und Granit-Industrie. Uebermächtig vor der Bescheidenheit des neuen Herrn hüllen sich die Sachmänner aus dem Arbeitgeber-lager stännd in Schweigen und unterwerfen ihre bessere berufliche Einsicht dem juristischen Scharfbild ihres Syndikus. Dabei geht zwar die Fühlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr verloren, doch was will das belagen, wenn nur der Klassen-kampf (von rechts) dadurch neue Nahrung erhält, und das ist der Juristerei immer vorzüglich gelungen.

„Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blind-heit.“ Dem Frieden im Gewerbe dient das Treiben der Syndikus gewiß nicht. Die Arbeiter werden ihren Weg gehen, und wenn ihnen noch so viele juristische Schwierigkeiten bereitet werden. Sie haben längst erkannt, daß die Unternehmer sich der Syndikus nur bedienen, um die fargen Rechte der Arbeiter nach Möglichkeit zu beschneiden. Oder ist es keine Beschneidung der Arbeiterrechte, wenn bei Arbeits-zeitverhandlungen die beruflichen Eigenarten (zum Beispiel die Gesundheitschädlichkeit) völlig außer acht gelassen werden, wenn das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Bewertung ihres einzigen Gutes, ihrer Arbeitskraft, zum großen Teil ausgeschaltet wird?

Köstlich war es anzuschauen, wie neulich ein solcher neuer Herr im Hause aus dem Häuschen geriet, als er erfuhr, daß eine Arbeit-geberfachgruppe ohne sein Wissen und Wollen mit der betreffenden Arbeitnehmerfachgruppe zur beiderseitigen Zufriedenheit eine Ar-beitszeitvereinbarung traf, die diesen viel umstrittenen Punkt auf sieben Monate aus dem Bereich der sonstigen notwendigen Er-örterungen und Regelungen zog. Wie herrlich hätte sich das mit einigem juristischem Geschick verhindern lassen. Hoffentlich geht die betreffende Branche nun nicht zugrunde!

Aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Bezirkskonferenz am 2. März. Kollege Montermann eröffnet 10.40 Uhr die Sitzung. Gewählt wurde als Tagungsleiter Koch (Düsseldorf), als Vertreter Krüger (Gelsenkirchen) und als Schriftführer Bauer (Düsseldorf). Von 16 geladenen Zahlstellen waren 10 durch 18 Delegierte vertreten, Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage und die sich aus ihr er-gebenden Notwendigkeiten. 2. a) Pflichtarbeit, b) Verschiedenes. Gauleiter Braun referierte über den 1. Punkt und zeigte mit wenigen Worten die Trostlosigkeit der Lage in der Steinindustrie im Bezirk. 80 bis 90 Prozent der Kollegen waren arbeitslos. Wohl hat sich die Konjunktur bedeutend gebessert und ist zu erwarten, daß diese sich in Zukunft noch weiter bessern wird. Die Arbeitgeber gehen mit brutaler Gewalt dazu über, die sozialen Gejehe abzuschaffen und uns die Erzeugnisse eines achtschündigen Arbeitstags zu nehmen. Referent verliest das Rundschreiben Nr. 3 der Zentrale und fordert zum Schluß die Kollegen auf, fest und treu zum Verband zu halten und mit allen Mitteln an unsern alten Erzeugnissen festzuhalten. Diskussion: Das Rundschreiben Nr. 3 hat eine große Entrüstung unter den Delegierten hervorgerufen, weil unsre Lohnkommissions-Mitglieder den Achtstundentag dadurch durchbrochen haben, daß sie den Arbeitgebern den Vorschlag gemacht haben, daß da, wo durch örtliche Vereinbarungen die Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden zustande kommt, dieselbe als normale Arbeitszeit gilt. Nie und nimmer hätten sich Kollegen des Zentralverbandes der Steinarbeiter zu einem solchen Zugeständnis hinziehen lassen sollen, aus dem vielleicht den gesamten Steinarbeitern ein Strich gedreht wird. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Bezirkskonferenz spricht der Kommission, die die Verhandlung mit den Arbeitgebern über die Arbeitszeit geführt hat, ihr schärfstes Mißtrauen aus, weil sie den Achtstundentag durchbrochen hat.“ Von allen Rednern wurde sehr scharf das Verhalten des Kollegen Siebold gerügt, der im Reichstag für ein Ermäch-tigungsgesetz stimmt, dann aber wieder schreibt, an dem Achtstundentag festzuhalten. Die Delegierten der Zahlstelle Köln brachten folgenden Antrag ein: „In Anbetracht der Abstimmung des Kollegen Siebold über das Ermächtigungsgesetz stellen die Delegierten aus Köln den

Antrag, den Kollegen Siebold aus dem Verband auszuweisen. Gauleiter Braun wardte sich gegen diesen Antrag. Einige Delegierte hätten gern den Antrag in ein Mißtrauensvotum umgewandelt gesehen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für den Kölner Antrag, der mit acht gegen fünf Stimmen angenommen wurde. Nur in einem zielbewußten Kampfsatz sah die Mehrheit den Weg, der zum Ziele führt. In den einzelnen Zählstellen ist für einen besseren Kampfesgeist zu sorgen. Als Resolution wurde folgendes einstimmig angenommen: „In Erwägung dessen, daß die Führer der Gewerkschaftsbewegung es nicht verstanden haben, die Interessen der Ausbeuteten dem Ausbeuter gegenüber mit Nachdruck zu vertreten, daß vielmehr die Burgfriedenspolitik und Arbeitsgemeinschaft dazu geführt hat, die erzwungenen Positionen wieder preiszugeben, erklärt die heutige Bezirkskonferenz, daß sie den bisherigen Führern der Gewerkschaftsbewegung jegliches Vertrauen absperrt, die mit dem Klassenkampf auf feindlichem Fuße stehen. Die Konferenz ist der Auffassung, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, in der Lage ist, das Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung zu heben und die entrisenen Positionen wieder zu gewinnen. Aus diesem Grunde ist eine Flucht aus dem Gewerkschaften nur ein Schaden für die Arbeiterschaft. Vielmehr ist es Aufgabe derselben, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften als eine wirtschaftliche Stütze gegen die Reaktion, die frecher denn je ihr Haupt erhebt, im revolutionären Sinne ausgebaut und alle Hindernisse, die dem Klassenkampf im Wege stehen, hinweggeräumt werden.“ Der Beschluß des Hauptvorstandes und des Beirates, daß der Verbandstag in diesem Jahre ausfällt, wurde nicht gutgeheißen, sondern die Konferenz stand auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder zu befragen wären, ob der Verbandstag stattfinden soll. Die Mittel für die Delegierten müssen eben in den einzelnen Bezirken aufgebracht werden. Um die Hindernisse, die bei Streiks und Ausparierungen entstehen (indem meistens gerade an den Bauten der eine Beruf dem andern vorwirft, er mache Streikbrecherarbeit), zu beseitigen, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die Bezirkskonferenz beauftragt die Gauleitung und den engeren Zentralvorstand, so bald wie möglich Verhandlungen anzubahnen, damit die (sogenannten) Kartellverträge mit dem Baugewerksbund und den Fliesenlegern wieder erneuert werden, wo die Arbeiten für die einzelnen Berufe eng begrenzt werden.“

Unter Punkt II machte der Kollege Schwandtke die Kollegen auf die Gefahren aufmerksam, die uns durch die Verordnung (Pflichtarbeit) drohen. Etliche Kommunen seien bereits dazu übergegangen, von der Verordnung Gebrauch zu machen. Die Bezirkskonferenz fordert und verlangt vom Hauptvorstand, daß er alle Hebel in Bewegung setzt, um die Gefahr, die uns durch die Verordnung (Pflichtarbeit) drohe, von uns abzuwenden. Unter Punkt III — Verschiedenes — wurden einige Kleinigkeiten erledigt. Die Anträge Hamborn sind durch die angenommenen Resolutionen und Anträge erledigt. Das Protokoll wurde vor Schluß der Sitzung verlesen und für richtig befunden. Schluß 6.45 Uhr. Bauer, Schriftführer.

Anmerkung der Redaktion: Der Schriftführer hatte dem obigen Bericht noch angefügt: „Am baldige und ungezügelter Veröffentlichung im „Steinarbeiter“ wird dringend gebeten.“ Die Redaktion wäre dem auch soviel nachgegeben, denn der Bericht soll wirken durch seinen Inhalt, und es wäre sicherlich verfehlt, daran eine Polemik oder gar eine Rechtfertigung zu knüpfen. Für die übrigen Kollegen in Deutschland, die den Bericht lesen wollen, wäre es aber von Vorteil gewesen, zu erfahren, welche Zählstellen vertreten waren und welche nicht. Im übrigen kann man an den Unrichtigkeiten und falschen Schlussfolgerungen der Konferenz nur sagen: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Rundschau.

Steinindustrie und die Leipziger Frühjahrsmesse. Das geschäftliche Ergebnis der Ausstellung entsprach im allgemeinen den in sie gesetzten Erwartungen. Das wurde uns auch von Ausstellern steinindustrieller Erzeugnisse bestätigt. Denn das Geschäft auch nicht glänzend genannt werden konnte, so ist doch nach langem Stillstand wieder ein Fortschritt zu verzeichnen, der hoffentlich eine anhaltende Besserung im Geschäftsleben bringt, an der die Steinarbeiter am allermeisten interessiert sind. Für sie trifft ja das Wort, aus Stein ein Brot zu machen, im wahren Sinne zu. Zu den unproduktiven Leistungen der Industrie gehört die Reklame, ohne die nun einmal namentlich in Luxusartikeln ein hoher Umsatz nicht zu erzielen ist. Wer das kaufende Publikum für seine Erzeugnisse interessieren will, der muß die Reklamemittel nützen, um das Ohr des Publikums zu gewinnen, und durch Ausstellungen muß das Auge gefesselt werden. Und was eignet sich zu Ausstellungen wohl besser, als das äußerst reichhaltige und farbenprächtige Steinmaterial Deutschlands?

Zu den ständigen, in der Baustoffhalle untergebrachten Ausstellungen des Bundes Deutscher Marmorbruchbesitzer und der Firma Thust, Groß-Kunzendorf in Schlesien, trat eine neue der Firma Köstner u. Gottschalk, Berlin-Weißensee. Die erstgenannte Ausstellung war bereichert durch eine Zimmerhülle aus böhmischer Serpentin, die durch ihre Zusammenstellung von hellem und dunklem Material äußerst lebhaft wirkte. Ein matt glänzendes Taubenpaar der Firma Thust aus blaugrauem, schleichendem Marmor erzielte wunderbare Wirkungen. In der reichhaltigen Grabmalausstellung der Firma Thust fiel der schwarze schwebende Granit eines neuentdeckten Bruchs auf, der dem schwarzen schwebenden Granit Konkurrenz bietet. Die vielen bunten Marmorarten des Bundes Deutscher Marmorbruchbesitzer wirkten durch ihre Farbenpracht und bedürfen keiner besonderen Empfehlung. Sie finden auch so ihre Abnehmer. Dagegen wäre zu wünschen, daß der einfarbige, gelbe Jura-Marmor, der ein äußerst empfehlenswertes Baumaterial darstellt und als Fußbodenbelag, Wandbekleidung, auch als Schichtplatte gute Dienste leistet, bekannter würde, damit er mehr Verwendung findet als bisher. Von diesem Material liegen noch solche ungeheure Massen ungenützt im Erdboden, daß Tausende von Steinarbeitern mit ihrer Gewinnung und Bearbeitung beschäftigt werden könnten.

Die Firma Köstner u. Gottschalk hatte eine an der Vorderseite offene Halle ausgestellt, deren Wände teils aus Mischelkalk, teils aus verschiedenen Marmorarten aufgebaut waren. Fast will es uns scheinen, als wenn hier des Guten zuviel getan war. Die Wandfüllungen (Kassetten) mit den zusammengelassenen Marmoren verschiedener Art wirkten etwas überladen. Der bunte Marmor ist an sich durch seine Aderung und Färbung so abwechslungsreich, daß er zur Bekleidung kleinerer Flächen keiner Zusammenfügung (Kontrastierung) bedarf. Die beiden „Gemälde“, aus verschiedenfarbigen Marmorstücken zusammengesetzte Einlegearbeiten (Intarsien), ließen ihre Motive deutlicher erkennen, als manches futuristische, kubistische oder expressionistische Bild einer Gemäldeausstellung. Ob solche Künste sich allerdings rentieren, ist eine andre Frage. Gleichgültig ist diese Frage auch für uns nicht, weil wir wissen, daß die Generalunkosten eines Betriebes auf das Lohnkonto abzuführen. Um keine unnötige Propaganda für den „Bau“ zu machen, dürfte es sich empfehlen, die gepugte Außenwand des Ausstellungsraumes durch eine Marmorverkleidung zu ersetzen.

Der Verband Deutscher Granitwerke (DVG), der bei früheren Messen die vielen deutschen Granite und Spenite zur Schau stellte, war diesmal auf unserm Bedauern nicht vertreten. Wir glauben nicht, daß seine Abwesenheit eine gewollte war, sondern vermuten, daß sie ein Stück des Abbaues darstellt, der sich auch in anderer Weise bemerkbar macht. (Abfall der Nichtlegetrasgruppe vom Reichslohntarifabkommen.) An anderer Stelle dieses Blattes ist ersichtlich, wo wir einen Abbau des DVG für nutzbringender gehalten hätten, doch dürften wir uns, wie so oft, so auch in diesem Falle mit dem Syndikus des Verbandes im Gegensatz befinden.

Von der Werksteinindustrie hatten die Ettringer Tuffstein- und Basaltlavawerke A.-G. ein modernes Portal

nebst Halle ausgeführt. In der Halle lagen die verschiedenen Steinmuster in dunkelgrauer, gelber und rötlicher Naturfärbung aus. Eine reich illustrierte Schrift über die Leuztuffe der Eifel veranschaulichte die Bauten und Denkmäler in mehreren Städten Deutschlands, bei denen der Ettringer und Weiberner Tuff Anwendung fand.

In künstlerischer Beziehung hatte die Firma Krupp u. Möller, Karlsruhe, wieder Hervorragendes geleistet. Namentlich mit dem Böttinger Marmor erzielte sie großartige Wirkungen. Leider läßt es der Raum des Steinarbeiters nicht zu, alle Erzeugnisse unserer Industrie eingehend zu würdigen. Namentlich die Aussteller von kunstgewerblichen Gegenständen, Schreibzeugen, Schalen, Uhrgehäusen, Rauchservicen usw. waren wieder in Ten Teilen des Messeviertels äußerst zahlreich vertreten. Um sie alle zu besuchen, müßte man mehrere Tage zur Verfügung haben. Vielleicht bringt es unsere Industrie noch einmal so weit, daß sie sich wie andre Industrien zu einer einheitlichen Ausstellung zusammenschließt, damit die Gesamtwirkung unserer Industrie mehr zum Ausdruck kommt. Doch bis dahin werden wohl noch manche Messen vorübergehen, denn einzig und allein die Unternehmer meist nur, wenn es gilt, den Anteil der Arbeiter an den auf der Messe zur Schau gestellten Erzeugnissen nicht zu groß werden zu lassen.

Alles in allem konnten wir mit dem Gesehenen zufrieden sein. Die ausgestellten Kunstmarmore waren so unanständig, zum Teil so geschmacklos, so schreiend gefärbt, daß der Naturstein ihre Konkurrenz nicht sonderlich zu fürchten braucht. Natur bleibt Natur!

Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1923.

Einnahme:		
Eintrittsgeld	190 221 700	
Beiträge	740 295 578 150	
Erwerbslosenmarken	306 012 211	
Ertragssteuermarken	13 172 400 000	
An die Zahlstellen geliefert Material	85 967 229	
Abonnements und Inserate	8 971 072 120	
Rückvergütung auf Papier und Gehaltsverz. d. Red.	1 704 585 712	
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	942 146 668 586	
Kontostablung der Zahlstellen auf 3. Quartal 1923	178 251 118 102	
Summa:	1 885 121 618 810	
Ausgabe:		
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	70 997 360 521	
b) Zentralvorstand	1 696 351 400	
c) Zuschuß für Lokalangehörige	46 593 713 438	
d) Tarifberatungen (Tarifabstimmungen, Reichs- u. Bezirksstarif)	13 516 204 734	
132 803 680 093		
Für Unterhaltungen:		
a) Arbeitslosenunterstützung	478 926 533	
b) Reiseunterstützung	912 000	
c) Krankenunterstützung	311 928 941	
d) Streikunterstützung	46 173 265	
e) Gemahregeltenunterstützung	398 069 720	
f) Sterbeunterstützung	30 710 800	
g) Notfallunterstützung	70 700 000	
h) Rechtschutz	223 758 959	
i) Abonnementsgeld zurück	36 956 711 500	
38 455 891 418		
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	37 938 614 130	
b) Verinderungsbeiträge	10 683 463 510	
c) Revisionen u. Vorhandlungen	4 697 830 000	
d) Verbandsauschub	87 300 000	
53 357 207 640		
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	68 165 499 300	
b) Teleph., Schreib- u. Papiematerial	1 018 829 210	
c) Porto, Bestellgeld, Strafvorte	10 300 903 400	
d) Neuanschaffungen, Reparaturen	1 912 040	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	279 186 237 700	
f) Steuern, Versicherung-u. sonstige Unkosten	26 481 000	
g) Verwaltung und Depospitalen für Wertpapiere	3 438 300	
h) Politischegebühren	19 022 885	
i) Sonstige Ausgaben	6 776 194 679	
365 493 518 514		
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	4 539 331 500	
b) Honorar für Mitarbeit	5 038 300	
c) Expedition	1 705 650 000	
d) Druckkosten und Papier	658 342 393 300	
e) Porto, Fracht, Kollgeld, Adressen		
f) Streikfonds für Verband	101 977 418	
g) Gewerblich-fachliche Frauenzeitung	23 728 900	
664 718 109 118		
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen		25 369 836 601
Für Unterrichtsstunde und Betriebsrätezeitung		1 315 900
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den deutschen Gewerkschaftsbund	10 042 020 189	
Delegationen und Konferenzen Internationaler Gewerkschaftsbund	2 561 488 000	
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	74 048 379 985	
Guthaben der Zahlstellen vom 2. Quartal zurück	15 794 046	
Summa:	1 366 867 191 504	

Bilan.	
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1923	545 478 029
Einnahme im 3. Quartal 1923	1 885 121 618 810
Bestand und Einnahme im 3. Quartal 1923	1 885 667 091 839
Ausgabe im 3. Quartal 1923	1 366 867 191 504
Bestand der Hauptkasse am Schluß des 3. Quart. 1923	518 799 900 335
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen	327 004 785 169
der Hauptkasse	83 031 593 001
der Hauptkasse	108 763 522 165
518 799 900 335	

Leipzig, im Dezember 1923. Ludwig Geist, Kassierer.
Die Revisoren: gez. Hugo Waltherr, Herm. Quad, Rich. Kahlmann.
Abrechnung der Zahlstellen vom 3. Quartal 1923.

Einnahme:	
An die Hauptkasse nicht abgeandte Gelder	327 004 785 169
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	74 048 379 985
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	77 790 554 461
Sonstige Einnahmen	327 454 419 110
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	15 794 046
Summa:	806 253 982 771
Ausgabe:	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	219 871 703
„ „ auf der Reize	228 342 152
„ „ bei Krankheit	1 775 707 537
Streikunterstützung	120 970 843
Gemahregeltenunterstützung	18 487 000
Sterbeunterstützung	129 070 480
Notfallunterstützung	228 864 350
Rechtschutz	175 572 216
Agitation	3 992 832 945
Verwaltung (persönliche)	73 290 237 171
(sachliche)	130 568 044 577
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	12 075 873 424
Delegationen und Konferenzen	10 046 058 378
Sonstige Ausgaben	17 783 255 153
Guthaben bei der Hauptkasse	178 251 118 102
Bestand der Hauptkasse zurück	119 530 268
Summa:	430 949 836 259

Bilan.	
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1923	217 783 046
Einnahme im 3. Quartal 1923	806 253 982 771
Bestand und Einnahme im 3. Quartal 1923	806 471 715 817
Ausgabe im 3. Quartal 1923	430 949 836 259
bleibt Bestand	375 521 879 558
Davon gehört der Hauptkasse	327 004 785 169
bleibt Bestand der Lokalkassen	48 517 094 359

Ludwig Geist, Kassierer.
Die Abrechnung vom 3. Quartal vorigen Jahres gibt lehrreiche Aufschlüsse über die in jener Zeit durchgemachten Verbandsveränderungen. Die Beiträge machten noch nicht einmal halb so viel aus wie die besonderen Einnahmen (Auslandshilfe usw.). Vom Beginn bis zum Ablauf des Quartals machte die Papiermark, am Dollar gemessen, eine 360fache Verschlechterung durch. Am 2. Juli stand der Dollar auf 160 000 Mk. und am 1. Oktober auf 57 646 498 Mk. Unter Berücksichtigung des jeweiligen Dollarstandes betrug das Verbandsvermögen am Anfang des Quartals 14 318 Goldmark, am Ende des

selben 37 798 Goldmark. Nach der Papiermarkwährung hatte sich das Verbandsvermögen von 545 Millionen Mark am Anfang des Quartals auf 518 Milliarden am Ende desselben „erhöht“, also um das 978fache des Nennwertes. Nach dem jeweiligen Goldwerte betrug die Steigerung „nur“ das 2,6fache, ein äußerst erfreuliches Ergebnis, wenn der der Hauptkasse gehörende Kassenbestand wirklich in die Hauptkasse gelangt wäre. Von den 518 Milliarden befanden sich jedoch beim Abschluß noch 327 Milliarden in den Lokalkassen und 83 Milliarden in den Gaukassen. Nur 108 Milliarden, also ein reichliches Fünftel des Sollbestandes, waren an die Hauptkasse abgeführt. Das übrige entwertete, ohne mit der Hauptkasse überhaupt in Beziehung gekommen zu sein. Manche notwendige Anschaffung hätte für die der Hauptkasse vorenthaltenen Gelder gemacht werden können, und namentlich die Papiernot des „Steinarbeiters“ brauchte nicht so früh in Erscheinung zu treten und seinen vorzeitigen Abbau herbeizuführen.

Im übrigen spiegelt die Abrechnung die damalige gewaltige Teuerung wider, die im darauffolgenden Quartal ihren Höhepunkt erreichte und in der Abrechnung vom 4. Quartal noch mehr zum Ausdruck kommen wird.

Von den 1867 Milliarden Mark betragenden Ausgaben entfielen auf die sachlichen Verwaltungskosten und die Kosten des „Steinarbeiters“ allein 1030 Milliarden Mark, also $\frac{1}{2}$ der Gesamtausgabe. In das verbleibende Viertel mußten sich die Agitationskosten, die Unterhaltungen, die persönlichen Verwaltungskosten und die besonderen Ausgaben teilen.

Die Abrechnung vom 4. Quartal des vergangenen Jahres wird, wie schon angedeutet, ein noch verheerenderes Bild der überstandenen Inflationszeit bieten. Möge das vorstehende Bild schon dazu beitragen, die Kollegen zur schnellsten Beteiligung der Inflationskosten anzuspornen durch regelmäßige und reichliche Abführung der Beiträge an die Hauptkasse.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus vielen Orten in allen Himmelsrichtungen kommt das Verlangen zur Fernhaltung des Zugus. Grund: Arbeitslosigkeit am Ort, oder ungeschlossene Vereinbarungen über Entlohnung und Arbeitszeit. Für einzelne Orte sind sogar Beauftragte von Steinbruchsunternehmern unterwegs, um billige und willige Arbeitskräfte zusammenzuholen. Eine besondere Bekanntmachung all dieser Orte und Unternehmen ist augenblicklich ohne praktische Bedeutung. Jedes Verbandsmitglied hat bekanntlich die Pflicht, im Ausland und im Inland vor der Arbeitsaufnahme die nötigen Erkundigungen einzuziehen und die gewerkschaftlichen Grundsätze von Kollegialität und Solidarität zu respektieren. Wer das unterläßt, kann aus der Organisation ausgeschlossen werden.

Am 22. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

- Gau (Nordwest). Greifswald, Kass.: H. Hüwe, Anklamer Straße 68. — (Nordost). Vörden (Bez. Osmabrück, Kass.: S. Devermann, Neuenkirchen i. Odensburg.
- Gau. Schützwalde, Borj. u. Kass.: Paul Zimmer, Söhland a. d. Spree Nr. 496. — Wahnitz, Kass.: Kurt Cullig, Badersden Nr. 7, Post Leuben b. Riesa.
- Gau. Sameln (bisher Unsen), Borj. u. Kass.: Aug. Schäferbarthold, Heipenserweg 20. — Mellenbat, Borj.: Hermann Sorge, Sigendorf b. Schwarzburg i. Thür. Kass.: Ernst Löser, Dröbischau b. Königsee i. Thür.
- Gau. Nieder-Badem, Kass.: Karl Jung, Nr. 103.
- Gau. Kappelrodt, Borj.: Max Höller. — Bütschenbach, Borj.: Fritz Kropf.
- Gau. Großlattengrün, Borj.: Adoff Riedl, Kass.: Jos. Müller, Pechmann. — Friedentels, Borj. u. Kass.: Alois Reining, Weihenstädt, Borj.: Hans Kaufmann, Munkledler Str. 334.
- Gau. Oberriedenberg, Borj.: Anton Seuring. — Zell a. M. Borj.: Nikolaus Zeit, Nr. 150. — Jyphosen, Kass.: Johann Gohler, Hs. 231. — Fehenschach, Borj.: Leo Ulrich.
- Gau. Frankfurt a. M. Kass.: Georg Jerez, Eichwalderstr. 57, pt.

Anzeigen

10 Steinhauer auf Bauarbeit u. 3 Granit-Pflastersteinhauer
stellen ein Stein- u. Marmor-Werke, G. m. b. H., Eilen.

Steinmetz
der in allen Grabsteinarbeiten in Kalkstein, sowie im Größtsteinbau und etwas Bergierung perfekt ist sofort gesucht.
Isoko, Lehrte bei Hannover.
Mehrere tüchtige jüngere
Granitsteinmetzen
suchen sofort
C. R. Risch & Co., Landsberg a. Warthe.
Pflasterhammer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinmetz.
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager Berlin N. 20, Hochstraße 11.

Hand- u. Maschinenschleifer und Säger
stellen ein Stein- u. Marmor-Werke, G. m. b. H., Eilen.
Marmorwerk im zehnteilweilfältigen Industriegebiet mit Sägearbeiterbetrieb und Fertigungsfabrikation sucht zur Beaufichtigung der Maschinen und Vornahme von Reparaturen daran einen tüchtigen, nicht zu jungen
Reparatur-Schlosser.
Derseibe muß in ähnlichen Betrieben bereits mit Erfolg längere Zeit tätig gewesen sein und entsprechende Zeugnisse beibringen können. Die Stellung ist eine dauernde und gut bezahlt. Schriftliche Bewerbungen sind unter **Nr. 10** an die Schriftleitung dieses Blattes zu richten.

Ein Steinmetz
auf Grabsteinarbeiten, Kletter, Schiffsbau, sowie ein
Granitsteinmetz
sicher gesucht.
G. Schäfer & Sohn, Schwerin i. Meckl.
Grabsteingeschäft.
Einemmetzen bietet sich gute Erlöse durch Uebernahme eines Grabsteingeschäfts in der Mark Brandenburg. Eherberlich 3000 M.-Mk.

Arbeits-Hosen
Leber, fübergrau, braun und schwarz, a. Höhe 10.— Mk. per Nachnahme
Klei ins Haus liefert wieder in Friedensqualität
Walter Tauch, Niederoderwitz i. Sa.

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.
In **Röwenberg** am 13. Februar der Sandsteinmetz **Josef Effenberger**, 33 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Zeil a. M.** am 20. Februar der Dreher **Andreas Grajer**, 73 Jahre alt, Schlaganfall.
In **Weihenfels a. S.** am 22. Februar der Sandsteinmetz **Otto Röber**, 17 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
In **Ruhmannsdelden** am 27. Februar der Schmelz **Josef Sahinger**, 39 Jahre alt, Herzlähmung.
In **Hamburg** am 28. Februar der Steinieker **Heinz Stells**, 60 Jahre alt, Magenkrebs.
In **Ramens** am 29. Februar der Pflastersteinmacher **Stanislaus Diering**, 68 Jahre alt, Altersschwäche.
In **Berlin** am 1. März der Steinieker **Hermann Hagedorn**, 63 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Neumarkt** am 3. März der Brucharbeiter **Fritz Graf**, 26 Jahre alt, Selbstmord.
In **Mientädt** am 26. Februar der Sandsteinmetz **Job. Adams**, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.
Chr. them Anderten!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.